

Mainz, 28.08.2019

Antrag 1135/2019/1 zur Sitzung Stadtrat am

Resolution - Belastungen durch Flughafenausbau (ÖDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen

Der Stadtrat möge beschließen:

Fluglärm macht krank! Dies haben inzwischen zahlreiche medizinische Studien nachgewiesen. Der Betrieb und der immer weiter vorangetriebene Ausbau des Frankfurter Flughafens hat zu einer jetzt schon Jahrzehnte bestehenden Belastung der Region Mainz mit Fluglärm und Ultrafeinstauben geführt. Und Fliegen ist zudem eine der klimaschädlichsten Art zu Reisen. Daher brauchen wir konkrete Maßnahmen, um die Belastung durch den Flughafen zu reduzieren und das Fliegen auf einen maßvollen Pegel zu reduzieren.

Zu Beginn der neuen Wahlperiode stellt der Mainzer Stadtrat erneut fest, dass immer noch ein umfassender Handlungsbedarf zum Schutz der Menschen in unserer Stadt besteht. Wir verweisen an dieser Stelle auf die zahlreichen Resolutionen zu diesem Thema, die der Mainzer Rat bereits beschlossen hat.

Daher fordern die Unterzeichner die Landesregierung Rheinland-Pfalz auf, mit der Bundesregierung, der hessischen Landesregierung, dem Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung, der Deutsche Flugsicherung (DFS), der Fluglärmkommission (FLK), dem Forum Flughafen und Region (FFR) und der Fraport AG, mit der Zielsetzung, dass diese sich aktiv in Gesetzgebungs- und Genehmigungsverfahren sowie dem Geschäftsbetrieb v.a. für einen wirksamen Lärmschutz von Mainz und der Region einzusetzen.

Der Mainzer Stadtrat fordert im Einzelnen:

1. die Zahl der Flugbewegungen am Frankfurter Flughafen auf 380.000 pro Jahr begrenzt wird,
2. mittel- und langfristig alle innerdeutschen Flüge auf die Schiene verlagert werden,
3. Kostengerechtigkeit im Verkehr durch Beteiligung der Flugunternehmen an der Klimaschäden,

4. kein weiterer Flughafenausbau in Frankfurt zugelassen wird,
5. Einführung einer Kerosinsteuer mit deren Einnahmen Umweltschäden kompensiert werden,
6. ein Nachtflugverbot von 22.00 bis 6.00 Uhr erlassen wird,
7. ein Lärminderungsprogramm auf den Weg gebracht wird, welches vorsieht, dass pro Jahr die Fluglärmbelastung um 0,4 dB (A) abgesenkt wird,
8. rund um den Frankfurter Flughafen ein engmaschiges Messprogramm für Ultrafeinstaub und Luftschadstoffe aufgebaut wird, deren Ergebnisse regelmäßig den Kommunen vorgestellt wird,
9. die Initiative des Landes, für eine Änderung des Bundesrechts einzutreten, soll fortgeführt werden, damit u.a. die Verletzung des Nachtflugverbots stärker sanktioniert werden kann und die Änderung von Flugrouten nur unter Mitsprache auch der rheinland-pfälzischen Kommunen erfolgen soll,
10. Substanzielle Beteiligung der Kommunen bei der Festlegung von Flugrouten.

Moseler, Claudius, Dr.
ÖDP

Sylvia Köbler-Gross
Bündnis 90/ Die Grünen

Alexandra Gill-Gers
SPD

Hannsgeorg Schönig
CDU

Tupac Orellana
DIE LINKE

Moseler, Claudius, Dr.